



**Gemeinsame Presseinformation der Landesverbände Rheinland-Pfalz
des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
und des Verkehrsclub Deutschland (VCD)**

Schutz von Wohngebieten und Natur statt Bau von weiterer Umgehungsstraße in Koblenz

Koblenz, 10.09.26. Anlässlich der von Rheinland-Pfalz und der Stadt Koblenz aktuell vorangetriebenen Straßenneubaumaßnahme L 52 Ost-West-Umgehung Metternich äußern BUND und VCD erhebliche umwelt-, klima- und verkehrspolitische sowie juristische und finanzielle Bedenken. Ein von ihnen beauftragtes nun vorgelegtes neues verkehrsfachliches Gutachten des Büros SVU Dresden untermauert die umfängliche Kritik am Weiterbau der L52 quer durch die freie Landschaft zwischen den nördlichen Stadtteilen. Hauptkritikpunkte sind u.a.:

- **Erhöhung des Durchgangsverkehrs in Wohnstraßen statt Entlastung wären die Folge des Straßenneubaus.**
- **Planfeststellung, Daten und Prognosen von 2008 sind völlig veraltet bzw. überdimensioniert. Lärm, Klima und der rechtsgültige Verkehrsentwicklungsplan werden ignoriert – mit juristischen Risiken.**
- **Hohe Planungs- und Baukosten sowie noch größere Haushaltsdefizite werden befürchtet, auch für die Stadt Koblenz.**
- **Vorrangige Alternativen werden ausgeblendet, insbesondere: Infrastrukturelle Verbesserungen beim Schienen- und Radnetz sowie Anpassungen bei der Verkehrsführung und Entschleunigung auf bestehenden Straßen.**

Diese gezielten Entlastungsmaßnahmen wären wirksamer, zumeist kurzfristig machbar und zugleich umweltschonend und zukunftsfähig. Das Fazit der Umweltverbände und des Gutachters SVU: Der Neubau der schlecht in das Bestandsnetz integrierten vier- oder auch zweispurigen Umfahrung mit veraltetem Planungsansatz ist heute weder sinnvoll noch nachhaltig, teils sogar verkehrsplanerisch kontraproduktiv. BUND und VCD fordern darum ein sofortiges Moratorium und eine umfassende, „enkeltaugliche“ Neukonzeption.

Reaktivierung der Bahn: Michael Carl, stellvertretender BUND-Landesvorsitzender, weist auf das hohe Kfz-Verkehrsaufkommen aufgrund der Pendlerströme aus dem Umland hin: „Hier könnte eine prioritäre Reaktivierung der Schienenstrecke Bassenheim – Lützel, gut verknüpft mit Bus und Rad, eine schnelle Verbindung ins Stadtzentrum und ins Verwaltungszentrum Rauental anbieten und Rübenach und die Trierer Straße vom Auto entlasten.“ Die Landesregierung hatte hierfür mit einem hohen Nutzen-Kosten-Index (2,63, der aktuell zweithöchste Wert in ganz Rheinland-Pfalz!) ein Erfolg versprechendes Potenzial festgestellt. „Die Straßenneubauplanung der L 52 würde ungünstigerweise die Zugtrasse zwei Mal kreuzen“, ergänzt Carl.

Gesundheits- und Klimaschutz: Die BUND-Landesvorsitzende Sabine Yacoub bemängelt die fortschreitende Versiegelung der knappen Rest-Naturflächen: „Artenvielfalt, aber auch Ernährungssicherheit und Grundwasserneubildung werden weiter gefährdet, und das ausgerechnet nach einem solchen Hitzesommer! Aus Gründen unserer Gesundheit und des Erhalts der Lebensgrundlagen kommender Generationen muss Klimaschutz an erster Stelle stehen.“ Sie verweist dazu auf aktuelle Zahlen zur Hitze-Übersterblichkeit (Im Jahr 2026 bis August 15.900 zusätzliche Tote laut Robert-Koch-Institut) und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2021 zum Art. 20a Grundgesetz zu Klima und den Rechten unserer Kinder. „Noch mehr Asphalt ist das Letzte, was da hilft.“

Entlastung durch kleinteilige Förderung des Umweltverbundes: Der VCD hebt in Übereinstimmung mit der SVU-Analyse hervor, dass ein Neubau der L 52 den Autoverkehr beschleunigen und den Durchgangsverkehr anlocken würde, sogar den Fernverkehr von den Autobahnen A61 und A48 tendenziell abziehe. „Die Aachener Straße in Rübenach, die Trierer Straße/Mayener Straße und der Bubenheimer Weg in Metternich bzw. Lützel würden mehr statt weniger Autoverkehr bekommen. Das betrifft auch den Schulweg zur Integrierten Gesamtschule Pollenfeld und die Sicherheit der Zu Fußgehenden und Radfahrenden und widerspricht dem städtischen Lärmaktionsplan“, stellt der VCD-Landesvorsitzende Dr. Rupert Röder fest. Vorstandsmitglied Uwe Lütge vom VCD-Kreisverband Mittelrhein fordert generell eine kleinteilige ortsangepasste Förderung des Umweltverbundes: „Parallele Radverbindungen sind meist schon in Teilen vorhanden. Sie müssen nur stellenweise noch gezielt verbunden und durchgehend ausgeschildert werden. Interessant ist auch der SVU-Vorschlag der Zufahrt zum Bundeswehrzentral Krankenhaus als MIV-Sackgasse und insbesondere einer prioritären Nutzung von Metternicher Weg – entsprechend optimiert – und Im Metternicher Feld (vorhandene Gewerbegebietsstraße) als Entlastungs-Minimallösung.“ Hinzu müssen aus Lärm- und Sicherheitsgründen eine Entschleunigung auf Tempo 30, mehr Querungshilfen und deutlich mehr Bäume in weiteren Straßen kommen.

Wie geht es weiter? Egbert Bialk, BUND-Regionalbeauftragter Koblenz und Landesvorstandsmitglied weist darauf hin, dass in den nächsten Sitzungen des Stadtrates und seiner Fachausschüsse eine Vorentscheidung über das Neubauprojekt fallen dürfte: „Der Weiterbau der L 52 ist verkehrsfachlich völlig aus der Zeit gefallen, klimapolitisch verantwortungslos und unsozial, da er die Schwächsten trifft und Autobesitzende fördert. Er verschlingt Millionen an Steuergeldern, die Stadt und Land für dringendere Aufgaben bräuchte, insbesondere für die Schulen, die Kliniken und Pflegeeinrichtungen sowie die Klimaresilienz und

den Rad-, Bus- und Bahnverkehr. Koblenz wird mit solchen Projekten in eine unbezahlbare Dauerverschuldung getrieben.“

Die Umwelt- und Verkehrsverbände rufen aufgrund der zahllosen Konflikte der Planung zur entschiedenen Gegenwehr auf. Denn ein altes Baurecht sei keinesfalls zwingend Baupflicht. „Auch eine zweispurige Neubaustrecke lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen eine grundlegende Neuplanung mit Priorität für nachhaltige Lösungen. Ferner muss die Missachtung der Beschlüsse zum Lärmaktionsplan, zum Verkehrsentwicklungsplan 2030, zum Maßnahmenkatalog Radverkehr und zur Klimaschutzgesetzgebung juristisch überprüft werden. Koblenz muss sich weiter von einer autogerechten Stadt zu einem Lebensort wandeln, so sich alle Menschen, auch die schwächsten, sicher, aufgehoben und wohlfühlen“, so Bialk für den BUND.

Anlage: [Link zur Verkehrsuntersuchung des SVU Dresden](#) (pdf mit Genehmigung d. Verf.)

Kontaktpersonen

BUND:

- Egbert Bialk, 015786257149, e.bialk@t-online.de
- Sabine Yacoub, 0174 9971892, sabine.yacoub@bund-rlp.de

VCD:

- Uwe Lütge, 015233987419 (Fon oder SMS)